Nr. 15 — 168. Jahrgang — Freitag, 18. Januar 1918

Der Gießener Anzeiger erscheint täglich, außer Sonntags. — Beilagen: Gießener Familienblätter; Kreisblatt für den Kreis Gießen. Bezugspreis: monatl. Mk. 1.20, vierteljährlich Mk. 3.60 durch Abhole- u. Zweigstellen monatl. Mk. 1.10; durch die Post Mk. 3.60 vierteljährl. ausschl. Bestellg. Fernsprech-Anschlüsse: für die Schriftleitung 112 Verlag, Geschäftsstelle 51 Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 11686 — Bankverkehr: Gewerbebank Gießen

Annahme von Anzeigen f. die Tagesnummer bis zum Nachmittag vorher ohne jede Verbindlichkeit. Teilenpreise: für örtliche Anzeigen 25 Pf., für auswärtige 30 Pf., für Reklamen Mk. 1.—; bei Platzvorschrift 20 %, Aufschlag. Hauptschriftleiter: Aug. Goes. Verantwortlich für Politik u. Feuilleton: Aug. Goes; Stadt und Land, Vermischtes u. Gerichtssaal: W. Meyer; Anzeigenteil: H. Beck; sämtlich in Gießen.

Zwillingsgrunddruck u. Verlag: Brühl'sche Univ.-Buch- u. Steindruckerei R. Lange. Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstr. 7.

Ein neuer Chef des Zivilkabinetts des Kaisers.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 17. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Keine größeren Kampfhandlungen.

In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgefechte. Nördlich von Passchendaele, an der Scarpe, bei Bendhuille und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen dauerte erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen zwölf Offiziere und mehr als dreihundert Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Der Abendbericht.

Berlin, 17. Jan., abends. (WTB. Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wie stellt sich die bisherige Reichstagsmehrheit der Verhandlungspolitik unserer Vertreter in Brest-Litowsk gegenüber? Die letzten Berichte waren ausführlich und deutlich, und die Befürchtung, daß unsere amtliche Politik in Brest-Litowsk einen Verzichtfrieden anbahnen wolle, ist hinfällig geworden. Auch alldeutsch gerichtete Blätter geben sich mit diesen Klarstellungen zufrieden, die sie allerdings zum Teil auf die neuesten Berliner Beratungen zurückführen. Die extreme Agitation auf der rechten wie auf der linken Seite klappert freilich noch mit den Waffen. Aber wie die Verbündeten die Entwicklung im Osten sich denken, das liegt zweifellos nicht im Widerspruch mit den bisherigen Erklärungen unserer Regierung. Nur diejenigen Anhänger der bekannten Reichstagsentschließung, die sich ihre eigne Auslegung, nämlich Verzicht, zurechtgelegt hatten, sind jetzt überrascht und bedenklich gestimmt. Eines können sie nicht mehr geltend machen: Daß unsere Verbündeten von uns abspringen könnten. In Brest-Litowsk herrscht eine offenbare Einmütigkeit zwischen Kühlmann und Czernin, auch nach den Verhandlungen verschärfter Tonart. Wer jetzt noch hier im Lande Opposition machen will, wer sich nicht gedulden kann, was aus der spannenden, aber durchaus nicht beunruhigenden Lage sich entwickelt, der handelt lediglich als Quertreiber und unterstützt die Bestrebungen unserer Gegner. So waren auch diejenigen Organe auf einer durchaus falschen und gefährlichen Fährte, die bei dieser „Krisis" wieder nach dem Reichstag geschrien hatten. Im Maß und in der Tonart gebärdeten sich einige Blätter dieser Art geradezu toll. Wir bestehen darauf, daß jetzt der Reichstag dazwischen fährt, jetzt wollen wir Klarheit, jetzt müssen wir bis aufs I-Tüpfelchen wissen, welches der genaue Inhalt der Beratungen beim Kaiser gewesen ist — so etwa ertönte es fußstampfend aus dieser Ecke. Lag oder liegt zu solchem Gebahren die geringste Ursache vor? Ob der Mehrheit vom Juli freilich ein dauernder Bestand beschieden ist, das ist etwas zweifelhaft geworden. Das Organ Scheidemanns, der „Vorwärts", begleitet die letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk mit folgenden absprechenden Bemerkungen:

„Wir haben das lebhafteste Interesse daran, daß der Frieden mit Rußland keine diplomatische Mißgeburt wird, voll Unklarheiten, Zweideutigkeiten, Hinterhältigkeiten, Konfliktkeimen. Und der bisherige Gang der Verhandlungen berechtigt zu der Sorge, daß der Frieden gerade ein solcher werden könnte, wie wir ihn nicht haben wollen, wie er zum Heil Deutschlands und Europas nicht werden darf. Das militärisch grob zugeschnittene Sicherungsprojekt, das sich nach Prof. Hoetzsch mit weniger begnügen will als der diplomatisch fein ausgeklügelte Annexionsplan, bekämpfen wir grundsätzlich und halten es für tatsächlich aufgegeben, weil seine Undurchführbarkeit erkannt worden ist. Die tatsächliche Undurchführbarkeit auch des diplomatischen Plans wird früher oder später gleichfalls zutage treten, er wird scheitern an dem Ernst, den die bisher russischen Grenzvölker mit ihrem Selbstbestimmungsrecht machen werden, und an dem Nachdruck, mit dem die wachsende Macht der Demokratie in Deutschland selbst die Ansprüche jener Völker auf wirklich freie Selbstbestimmung unterstützen wird. Wäre es da nicht besser, gar nicht erst angefangen zu haben?"

Also würde jetzt von dieser Seite auf den Sturz Herrlings und Kühlmanns hingewirkt werden? Denn der Reichskanzler und der Staatssekretär haben sich durchaus nicht von den militärischen Mitberatern losgesagt, wie es von gewissen Kreisen so gerne gesehen worden wäre. In diesem Augenblick erhält der Wechsel auf dem Posten des Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts allerdings eine nicht zu bestreitende Bedeutung. Wir hoffen aber, daß uns in der nächsten Zeit Konflikte und Regierungskrisen erspart bleiben. Denn die jetzt sichtbar gewordene Richtung unserer Friedenspolitik hat sicherlich eine Volksmehrheit hinter sich, auch wenn Herr Scheidemann ihr eine Absage erteilen sollte.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 17. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Zwischen Brenta und Monte Pertica beschränkte der Gegner seine Gefechtstätigkeit nach den erfolglosen und verlustreichen Angriffen des Vortages auf heftige Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und über 300 Mann Gefangene eingebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Die Friedensverhandlungen.

Während wir gestern bereits in der Lage waren, über Sitzungen der Friedensausschüsse in Brest-Litowsk, die am 15. Januar stattgefunden haben, eingehend zu berichten, war infolge der mangelhaften Postbestellung der Schluß des Berichtes über die Hauptsitzung vom 14. Januar fortgeblieben, so daß wir ihn heute nachtragen müssen. Im Anschluß an seine bereits mitgeteilten Ausführungen erklärte

Trotzki

noch weiter:

„Was die beiden Beispiele anbetrifft, die General Hoffmann angeführt hat, so charakterisieren diese in keiner Weise unsere Politik auf dem Gebiete der nationalen Fragen. Wir haben Erkundigungen eingezogen über den weißrussischen Kongreß. Dieser Kongreß setzte sich zusammen aus den Vertretern der weißrussischen Agrarier und hatte versucht, sich aller derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, welche das Eigentum des weißrussischen Volkes sein müssen. Und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, rührt dieser Widerstand von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Großrussen, Weißrussen und Kleinrussen vertreten waren. Ich wies schon in meiner formalen Erklärung darauf hin, daß diejenigen Konflikte, die zwischen uns und der Ukraine entstanden waren und die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken können und uns in keiner Weise daran gehindert haben, die unabhängige ukrainische Republik anzuerkennen.

Herr Trotzki kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen sollte ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansichten der russischen Delegation betrachten kann über die sehr untergeordnete Rolle, die die Realpolitik in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele. Das beziehe sich genau ebenso auf die Realpolitik des Obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Geschichte der Entscheidungen dieses Obersten Gerichtshofes genau gelesen habe, der wisse, daß dieser Gerichtshof seine Realpolitik sehr häufig in diesem oder jenem Sinne geändert habe, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Er glaube, daß bezüglich dieser Frage es viel interessanter wäre, nicht eine Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des Obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Aussprüchen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und herleiteten, ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten.

Was die Form des Verhandelns anlange, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheit bilden, und dies mit aller gebotenen Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, da sie erklärt habe, daß deren frühere Zugehörigkeit zu Rußland ihnen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtung gegenüber Rußland auferlege. Aber sein Recht, sich für das Schicksal dieser Gebiete zu interessieren, habe der Herr Staatssekretär nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation und begründe durchaus ihr Interesse an dem Schicksal derjenigen Völker, deren Ausscheidung aus dem Bestande des früheren russischen Kaiserreiches sie nicht verhindere. Herr Trotzki schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Aeußerung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute verlesen worden seien.

Hierauf ergriff

Staatssekretär v. Kühlmann

das Wort und führte nachstehendes aus:

Was die Rede des Herrn Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner mit der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zweifel besteht.

Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatze zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewaltsamen Uebergang in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher nicht näher bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen. Ueberrascht hat mich die geringschätzige Bewertung der Urteile des Obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trotzki. Mir erschien die Geschichte der Gründung dieser großen Republik und ein Urteil dieses Obersten Gerichtshofes über einen Punkt dieser Geschichte für die Beurteilung der zwischen uns schwebenden Kontroverse immerhin nicht ohne Bedeutung. Im übrigen nehme ich aber mit Befriedigung von dem Schlusse der Ausführungen des Herrn Vorredners Kenntnis, daß wir und die Delegation zusammengekommen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Dahin ist mein Bestreben von der ersten Stunde unserer Arbeiten an gegangen, und ich war der Anschauung, daß die beiden schriftlich fixierten Darstellungen der gegenseitigen Standpunkte, wie sie vor der Weihnachtspause erfolgt waren, als Unterlage für die Diskussion genügende Formulierung gefunden hätten. Jetzt schlage ich vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in unsere Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Trotzki

erklärte hierauf: Seines Erachtens könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Kurlands bewohnten, würden in keiner Weise in einer politisch schwierigen Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sie sich selbst überlassen würden. Inwieweit es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in den verlesenen Texte aufgeführt worden seien, in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielten.

Sodann beantragt Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angeregten Ordnung in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trotzki diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

Guter Fortschritt der Verhandlungen mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 18. Jan. Bei der gestern zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Delegation einerseits und der ukrainischen Delegation andererseits abgehaltenen Beisprechung hob Graf Czernin den für die Brester Verhandlungen überhaupt geltenden und auch von der ukrainischen Delegation anerkannten allgemeinen Grundsatz hervor, daß die Einmischung eines Teiles in die innerstaatlichen Angelegenheiten des anderen ausgeschlossen sei. Er wies auf die Besprechung der Sicherstellung des Schicksals jener politischen Minoritäten hin, die dem künftigen ukrainischen Staate etwa angehören werden. Diese Erklärungen wurden von der ukrainischen Delegation zustimmend und mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß sie auf Grund derselben in weitere Verhandlungen eintreten werden. — Bei der weiteren Besprechung über die Regelung des beiderseitigen wirtschaftlichen Verkehrs wurden keine solchen Divergenzen in den grundlegenden Auffassungen festgestellt, daß sie das Zustandekommen einer Vereinbarung zu hindern vermöchten. Die Beratungen wurden so weit gefördert, daß sie sich bereits auf konkrete Fragen des Warenaustauschverkehrs erstreckten.

Die ungarische Presse.

Budapest, 17. Jan. (W.B.) Die ungarische Presse stimmt, soweit sie nicht rein panslavistische Ziele verfolgt, vorbehaltlos den Aeußerungen des Staatssekretärs v. Kühlmann und des Grafen Czernin bei. Es wird darauf hingewiesen, daß das bestimmte Auftreten der beiden Staatsmänner zur Klärung der Lage wesentlich beitrage.

Aus Rußland.

Verhaftung Kerenskis?

Stockholm, 17. Jan. (WTB.) Laut „Rietsch" soll es den Bolschewiki gelungen sein, Kerenski in der Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrats aufzuspüren. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Ultimatum des Rates der Volkskommissare an die rumänische Regierung.

Petersburg, 15. Jan. (WTB.) Der Kommandant der 49. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternehmen und keine Lebensmitteltransporte durchlassen. Das 194. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausschuß des 195. Regiments und österreichische Offiziere, die zum Besuch der russischen gekommen waren, verhafteten. Der Rat der Volkskommissare verlangt die Freilassung der verhafteten Soldaten und Offiziere, Bestrafung der militärischen Behörden, die die Verhaftungen vorgenommen haben, und Sicherheiten dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Falls eine Antwort innerhalb 24 Stunden nicht erfolgt, wird unsere Reklamation als ein neuer Bruch betrachtet werden und wir werden die nachdrücklichsten militärischen Maßnahmen treffen.

gez.: Lenin.
Oberbefehlshaber Krylenko.
Kriegsbevollmächtigter Podwajski.

Turkestan selbständige Republik.

Stockholm, 16. Jan. (WTB.) Das ukrainische Informationsbureau teilt mit: Der Rat der Nation in Kiew erhielt die Nachricht, daß ein außerordentlicher Kongreß der Muselmanen Turkestans in Uebereinstimmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemäß den Grundsätzen der großen russischen Revolution am 23. Dezember v. J. das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bunde mit der föderativen russischen Republik erklärt hat. Einstweilen wurde ein nationaler Rat gebildet, in welchem ein Drittel der Sitze der nichtmuselmanischen Bevölkerung Turkestans zuerkannt wurde. Der Beginn der Sitzungen des nationalen Rates wurde auf den 15. Januar festgesetzt. Der Kongreß hat eine provisorische Regierung Turkestans gewählt. Die verfassunggebende Versammlung, die demnächst einberufen wird, soll die endgültige Form der Autonomie beschließen.

Französische Neujahrsprophezeiungen.

Die „Gazette des Ardennes" Nr. 520 bringt eine kleine Blütenlese aus den Neujahrsbetrachtungen französischer

Politiker, die seit 1916 für jedes Jahr der Entente den sicheren Endsieg weissagen. Ein Vergleich dieser erhebenden Worte mit den niederdrückenden Tatsachen dürfte kaum geeignet sein, das Vertrauen des französischen Volkes in die Weisheit und Voraussicht seiner Lenker und Tröster zu stärken. So schreibt Polybe (Reinach) im „Figaro" 1915: „Wir kämpfen bis zum vollkommenen Sieg. Schon zeigt er sich am Horizont des Jahres, das morgen beginnt." Zum Neujahr 1917 verheißt derselbe Prophet, unbelehrt: „Nur die Gewalt kann das Raubtier niederzwingen. Das wird geschehen in dem Jahr, das heute beginnt." Charles Humbert, der inzwischen durch die Skandalaffäre sein Ansehen eingebüßt hat, verkündet am 1. Januar 1916 in seinem „Journal": „Das Jahr 1916 wird das strahlende Jahr sein, das den Alpdruck bannt, das Jahr der Erneuerung, der Tat, der Befreiung! Es wird so sein, weil wir es wollen, weil wir entschlossen sind, es unbedingt dahin zu bringen . . . Ja, 1916 wird uns das glückliche Ende des Krieges bringen, aber ein rasches und sieghaftes!" Auch Humbert ist durch diese Blamage nicht vorsichtiger geworden. Das Jahr 1917 begrüßt er unentwegt: „Heil 1917, das unsere Hoffnungen verwirklicht!" Gustave Hervé nimmt das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 zum Anlaß, um für das Jahr 1917 in seiner „Victoire" den endgültigen Zusammenbruch Deutschlands zu prophezeien: „Ich sage voraus, das Jahr 1917 wird nicht vorübergehen, ohne daß die Deutschen sich ergeben haben." Aber nicht nur unverantwortliche Journalisten ergeben sich in solchem Vorwitz, sondern das verantwortliche Oberhaupt der Republik, der Präsident Poincaré, richtete Neujahr 1916 einen Offenen Brief an alle Offiziere und Soldaten Frankreichs mit der Botschaft: „Das kommende Jahr wird euch den Triumph bringen, die Niederlage des Feindes zu vollenden, die Freude, an eurem Herd heimzukehren, und das Glück, den Sieg bei euren Lieben zu feiern." Von solchen Propheten wird das französische Volk seit drei Jahren mit Zuversicht und Wahn versorgt. Solche leichtfertige Voraussagen wird man vergebens in ernsten deutschen Kundgebungen suchen, weil man hier bei allem berechtigten Selbstvertrauen lieber die Wirklichkeit reden läßt.

*

Zur Verhaftung Caillaux.

Rom, 16. Jan. (WTB.) Meldung der Agenzia Stefani. „Giornale d'Italia" schreibt: Das Geheimfach, das Caillaux seit 1916 in Florenz unter dem Namen „Madame Renouard", dem Namen seiner Frau, besaß, wurde in der letzten Woche geöffnet und enthielt erstens Schmucksachen im Werte von ungefähr einer halben Million, zweitens russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1½ Millionen und drittens drei politische Aktenmappen. Die erste Mappe enthält unter dem Titel „Meine Ablehnung" Briefe, die zwischen Caillaux und einigen Züricher Persönlichkeiten gewechselt worden sind, die ihn dringend um Geld und Pässe bitten, um nach Frankreich gehen zu können. Caillaux lehnte beständig ab. Die zweite Aktenmappe enthält die Briefe mehrerer französischer Finanzschriftsteller, besonders Almereydas. In allen diesen Papieren befindet sich keine Anspielung auf italienische Politiker oder Zeitungsschriftsteller oder auf italienische Angelegenheiten. Die dritte Aktenmappe ist die umfangreichste, wichtigste und eindrucksvollste. Sie ist in zwei Teile geschrieben und enthält ein ausführliches, merkwürdiges politisches Programm, das von Caillaux aufgezeichnet und unterschrieben ist und in Frankreich verwirklicht werden sollte, wenn er, wie er hoffte, zum Ministerpräsidenten ernannt worden wäre. Dieses Programm würde in Wirklichkeit ein Attentat gegen den Staat dargestellt haben und wäre eine wirkliche Umwälzung der französischen politischen Einrichtungen, eine Umstürzung und Umgestaltung der öffentlichen Gewalten und Aemter. Caillaux gibt die Namen der Deputierten, Senatoren und Generale an, die er in sein Ministerium berufen haben würde. Caillaux würde die Verhaftung Poincarés und aller derjenigen, die die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs in jener letzten Zeit geleitet haben, Briand eingeschlossen, angeordnet haben. Dieses Programm sah die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarrail anvertraut worden wäre und zwei Sonderregimenter, aus korsischen Soldaten gebildet, nach Paris berufen werden sollten mit ihren Generalen, die Caillaux als seine ergebenen Freunde betrachtete. Er hätte dann durch die Kammer ein Projekt genehmigen lassen, das Caillaux den „Rubikon" nannte und das ihm die absolute Gewalt gab. Es handelte sich um einen wirklichen Staatsstreich. Kammer und Senat wurden aufgelöst worden sein. Gleichzeitig hätte Frankreich eine äußerste Anstrengung zu machen gehabt, um irgendeinen Sieg an der Front oder einen diplomatischen Sieg davonzutragen, um im Glanze des Sieges der Volksabstimmung den Friedensvertrag unterbreiten zu können. Die neue Regierungsform in Frankreich wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen Regierungsform verschieden gewesen, wenn die republikanische Staatsform gewahrt worden wäre. Die neue Regierungsform hätte den Senat mehr beschränkt als gegenwärtig und die Kammer noch mehr in ihren Befugnissen eingeschränkt. Im übrigen wäre der Staat beibehalten worden mit Machtbefugnissen, die von den gegenwärtigen sehr verschieden wären. Dieser phantastische Plan Caillaux' war voll von Einzelheiten über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, über die Militärregierung von Paris, besonders während des Regierungswechsels und über die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die sämtlich gewechselt worden wären. Der frühere Minister Leygues wäre zum Botschafter in Rom ernannt worden. Die Nachforschung wurde im Auftrage der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen.

Asquith über die innere Politik Englands.

Amsterdam, 18. Jan. Nach einem hiesigen Blatte berichtet „Evening Standard" über eine Rede Asquiths vom 15. auf einer Versammlung der liberalen Partei, gehalten mit Rücksicht auf das Programm der Arbeiterpartei. „Evening Standard" faßt die Erklärung Asquiths wie folgt zusammen: Der Krieg nehme ohne Parteihader seinen Fortgang. Die politischen Aussichten brauchten nicht zu beunruhigen. Die Liberalen müßten die vorwärtsstrebende Politik der Arbeiterpartei willkommen heißen. Die liberale Partei müsse an gewissen Grundsätzen der liberalen Glaubensüberzeugung, wie der Landreform, der Unterrichtsreform und mit gewissen Einschränkungen des Freihandels festhalten. Was diesen angehe, müßten die Liberalen anerkennen, daß die wirtschaftliche Kontrolle, die der Kriegszustand nötig machte, noch einige Zeit nach Friedensschluß fortgesetzt werden müsse. Bessere wirtschaftliche Bedingungen, bessere Organisationen und schließlich verbessertes Verkehrswesen seien es, die der englischen Industrie mehr zugute kommen würden als ein Zollsystem, das jedoch für einige wichtige Industrien nötig sein könnte.

Amerikanische Rüstungsandrohungen.

Washington, 16. Jan. (WTB.) Reutermeldung. Auf Ersuchen des Kriegsdepartements brachte Chamberlain, der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats, ein Gesetz im Senat ein auf militärische Registrierung aller männlichen Personen, die nach dem 5. Januar 1917 das 21. Lebensjahr erreicht haben. Die Maßnahme ist dazu bestimmt, die Forderung des Obermarschalls General Crowder zur Ausführung zu bringen, solange der Krieg dauert, jährlich 700 000 Mann in die Armee einzustellen.

Rationierung in Amerika!

London, 17. Jan. „Times" erfahren aus Neuyork, daß im Senat und im Repräsentantenhause Gesetzentwürfe eingebracht würden, die dem Präsidenten Vollmacht geben, Anordnungen zu treffen, den Verkauf, die Erzeugung und die Verteilung von Lebensmitteln zu verbieten. Die Gesetze beziehen sich besonders auf Hotels, Restaurants und Speisehäuser. Sie bevollmächtigen das Lebensmittelamt, die Portionen, die gereicht werden, festzusetzen. Die Uebertretung der durch den Präsidenten bekanntgegebenen Verfügung wird mit einer Geldbuße von 5000 Dollars oder sechsjähriger Gefängnisstrafe geahndet.

Der Kohlenmangel in Amerika.

London, 18. Jan. (Reuter.) In Ergänzung der Verordnung über Kohlenersparnis wird aus Washington gemeldet: Die Theater bleiben in den nächsten zehn Wochen geschlossen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Lebensmittelkontrollgesetzes, die für die neue Verordnung Gültigkeit haben, den Verbrauch oder die Abgabe von Kohlen im Widerspruch zu den Regulierungsbestimmungen der Regierung bei Strafe von 5000 Dollar verbieten. Die neue Maßnahme wird in zehn Wochen schätzungsweise 30 Millionen Tonnen Kohlen-Ersparnis bringen.

Washington, 17. Jan. (Reuter.) Um den Kohlenmangel abzuhelfen, wurde angeordnet, daß alle Industrieanlagen in den Vereinigten Staaten, soweit sie nicht Lebensmittel erzeugen, fünf Tage lang geschlossen werden sollen. Es verlautet, daß die Regierung alle Fabrikanlagen mit Ausnahme derer, die Lebensmittel erzeugen, zehn Wochen lang jeden Montag außer Betrieb setzen wird.

Die Lebensmittelteuerung in Spanien.

Madrid, 15. Jan. (WTB.) Meldung der Agence Havas. Die durch die Lebensmittelteuerung hervorgerufene Unzufriedenheit nimmt in dem größten Teile der Provinz einen immer größeren Umfang an. Von einigen Punkten sind beunruhigende Meldungen eingelaufen, so aus Santander, Malaga, Valencia, Barcelona. Sie berichten über Kundgebungen, die ausschließlich von Frauen veranstaltet wurden. In Barcelona wurden über 30 Frauen beim Einsturz einer Treppe zur Präfektur, die von der Menge besetzt wurde, verwundet. In Santander fanden Zusammenstöße zwischen Frauen und der Polizei statt. In Malaga warfen über 1000 Frauen mit Steinen gegen die Bürgerhäuser. Die städtischen Bureaus wurden beschädigt. Die Kaffeehäuser und Klubs wurden durch die Gendarmerie geräumt. Die Blätter drücken die Zuversicht aus, daß die Regierung die äußersten Anstrengungen machen werde, um der Lage Herr zu werden.

* * *

Eine schweizerische Fettzentrale.

Bern, 17. Jan. (WTB.) Der Bundesrat hat beschlossen, die gesamte Erzeugung, die Einfuhr, die Verteilung und Verwertung der Speisefette unter die Aufsicht des Volkswirtschaftsdepartements zu stellen, unter Errichtung einer eidgenössischen Fettzentrale. Diese hat in den nächsten Monaten die Rationierung von Fett durchzuführen, bei der vorläufig für den Monat und Kopf der Wohnbevölkerung 300 Gramm Fett, inbegriffen 100 bis 200 Gramm Butter, zur Verteilung kommen werden.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 18. Jan. Auf der Tagesordnung steht die Einbringung des Staatshaushaltsplanes für 1918. Finanzminister Dr. Hergt bespricht kurz die politische Lage. Der Krieg vermindert unser Volksvermögen nicht. Durch die Erschließung neuer Einnahmequellen wird es uns gelingen, die Kriegsschäden abzubauen. Was unsern Kriegssaldo anbetrifft, so hatten wir 1914 ein Defizit von 116,2, 1915 von 96,4, 1916 von 106,2 und 1917 von 117 Millionen Mark. Alles in allem ist die Einbuße der vier Kriegsjahre niedriger, als man erwartet hatte. Der Etat für 1918 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6,5 Milliarden Mark ab. Es sind erhebliche Mittel ausgeworfen für die Besoldungsregelung, für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der unteren Beamten und Staatsarbeiter. Ferner werden erhebliche Summen gefordert werden für den Erwerb von Ländereien, die den Baugenossenschaften zu Kleinbauwohnungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Steuerzuschläge werden wieder erhoben werden müssen. Durch eine gesunde Finanzgebahrung werden wir über alle Schwierigkeiten hinwegkommen. (Beifall.)

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Ermächtigung des Staatsministeriums zu Maßnahmen betreffend die Vereinfachung der Verwaltung. Die Kommission beantragt, den Gesetzentwurf abzulehnen, dagegen den von der Kommission vorgelegten Entwurf eines Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung nach den Vorschlägen des Ministers des Innern anzunehmen.

Nach kurzer Erörterung wird ein freikonservativer Antrag angenommen, wonach beim Ueberschreiten des Steuerzuschlages von 150 Prozent die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nur dann erforderlich ist, wenn die bisherigen Steuersätze der Gemeinden nicht überschritten werden. Im übrigen werden die Vorschläge der Kommission ohne wesentliche Abänderung angenommen.

Die Beratung des Antrages Aronsohn (Fortschr. Volksp.) über die Zulassung von Frauen zu städtischen Verwaltungsdeputationen usw. wird fortgesetzt. Der Antrag der Kommission, wonach die Frauen zu Mitgliedern der städtischen Verwaltungsdeputationen der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtspflege bestellt werden können, wird angenommen, ebenso ein Antrag Kaufmann (Zentr.), wonach die Frauen zu Mitgliedern der Schulkommissionen gewählt werden dürfen.

Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen vertagt sich das Haus auf Samstag 11 Uhr. Tagesordnung erste Beratung des Staatshaushaltvoranschlages.

Schluß gegen 5 Uhr.

Aus dem Reiche.

Rücktritt Valentinis.

Berlin, 18. Jan. Wie der L.-A. erfährt, dürfte der Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini, der heute gemeldet wird, noch weitere Veränderungen nach sich ziehen.

Rudolf von Valentini hat fast zehn Jahre lang den wichtigen Posten als oberster Beamter des kaiserlichen Zivilkabinetts innegehabt. Er ist am 1. Oktober 1855 zu Grüssow in Mecklenburg geboren. 1879 trat er als Referendar in den preußischen Justizdienst ein, ging aber schon 1882 zur allgemeinen Verwaltung über. 1888 wurde er Landrat in Hameln, von wo er 1889 als Geheimer Regierungsrat und vortragender Rat ins Zivilkabinett des Kaisers berufen wurde. 1906 wurde Valentini als Regierungspräsident nach Frankfurt a. O. versetzt. Im August 1908 wurde er als Nachfolger des verstorbenen Geheimrats von Lucanus zum Chef des Zivilkabinetts berufen. — Sein Nachfolger wird Friedrich von Berg, der Oberpräsident von Ostpreußen, der im 51. Lebensjahre steht.

Die Wahlreform in Preußen.

Berlin, 17. Jan. Nachdem sich in der fortgesetzten Beratung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses noch einige Vertreter der Parteien zur Frage des gleichen Wahlrechtes geäußert hatten, wies der Vizepräsident des Staatsministeriums darauf hin, daß er die Vorlage nicht unterschrieben habe. Er habe sie bei seinem Eintritt ins Staatsministerium bereits fertig vorgefunden. Er wies den Vorwurf, daß die Regierung nicht mitgearbeitet habe, entschieden zurück. Die Notwendigkeit der Einbringung der Vorlage sei aus der politischen Situation gefolgt. Zwischen einem gleichen Wahlrecht unter gewissen Kautelen und einem Pluralwahlrecht sei überhaupt kein wesentlicher Unterschied. Die schwierigste Frage sei, wie er zugebe, die der Polenpolitik. Die Regierung verschanze sich nicht hinter die Botschaft vom 17. Juli.

In der auf die Aussprache folgenden Abstimmung entschied sich der Ausschuß dahin, die Herrenhausvorlage zunächst zur Beratung zu stellen.

Berlin, 18. Jan. (Amtlich.) Se. Maj. der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Chefs des Admiralstabes und den des Chefs des Militärkabinetts. Am 16. Januar abends empfing Se. Maj. den neuernannten Chef des Zivilkabinetts, bisherigen Oberpräsidenten v. Berg zur Meldung.

Köln, 15. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Stuttgart: Der Gesundheitszustand des Vizekanzlers von Payer hat sich, wie man hört, so weit gebessert, daß er voraussichtlich noch diesen Monat seine Tätigkeit in Berlin wird aufnehmen können.

Der Seekrieg.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 17. Jan. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote hat kürzlich an der Westküste Englands vier Dampfer, ein französisches Bewachungsfahrzeug, einen Segler und einen Fischdampfer versenkt. Die Mehrzahl der Schiffe wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung in den für starke U-Boots-Abwehr besonders geeigneten Gewässern der Irischen See und des Bristolkanals durch geschickten Angriff vernichtet. Hier fiel auch das französische Bewachungsfahrzeug dem U-Boot zum Opfer. Alle Dampfer waren bewaffnet. Unter ihnen konnten die englischen Dampfer Elsleaf und Boston City namentlich festgestellt werden. Von den beiden anderen Dampfern hatte der eine Kohlen, der andere, vom Aussehen und Größe des englischen Dampfers Egremont Castle (5294 Tonnen), Palmöl geladen. Der Fischdampfer führte die Bezeichnung B. F. 696.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Landwirtschaftliche Versammlung.

Gießen, den 18. Januar 1918.

Die am Dienstag Nachmittag ins Hotel Großherzog von Hessen einberufene Versammlung von Landwirten war sehr stark aus allen Teilen der Provinz besucht. Oekonomierat Henzel eröffnete die Versammlung Namens der Landwirtschaftskammer und wies darauf hin, daß die Kammer ursprünglich nicht beabsichtigt hätte, während der Dauer des Krieges eine Versammlung abzuhalten, daß aber die Zeitverhältnisse eine Besprechung nötig gemacht hätten.

Hierauf nahm Dr. Hamann das Wort. Er betonte einleitend, daß sich unsere Landwirtschaft mit Beginn des Krieges bewußt war, welche Aufgabe sie den Aushungerungsversuchen der Engländer gegenüber zu lösen hatte.

Je länger der Krieg dauerte, desto schwieriger wurden die Verhältnisse: das Fehlen der Futterstoffe, der künstlichen Düngemittel, der menschlichen und tierischen Arbeitskräfte, sowie der zahlreichen anderen Hilfsmittel, welche die Landwirtschaft braucht, um auf der Höhe ihrer Erzeugung zu bleiben, erschwerte den landwirtschaftlichen Betrieb ganz außerordentlich. Dabei war man sich in der Landwirtschaft bewußt, daß das Durchhalten in diesem Kriege nur möglich sei, wenn unsere Bevölkerung hinter den Fronten ernährt wird. Es ist während des Krieges von der deutschen Landwirtschaft Glänzendes geleistet worden und es ist zu bedauern, daß vielfach in Kreisen der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung dies nicht anerkannt wird. — Die erste Schweineabschlachtung war ein großer Fehler. Gegen den jetzt wieder im Gang befindlichen Schweinemord hat man sich von seiten der Kammer vergeblich an die Regierung gewendet, alle Vorstellungen dagegen haben nichts genützt. Unsere Rindviehbestände haben sich im Vergleich zur Friedenszeit der Zahl nach nicht wesentlich verändert, nur ist die Qualität der Tiere erheblich schlechter als zu normalen Zeiten. Es fehlt an Kraftfutter, Getreide, Kartoffeln, Dickwurz usw. Durch die radikale Schweineabschlachtung wird es im Herbst an Fleisch und Fett noch mehr mangeln als bisher, und es bleibt nichts weiter übrig, als unseren Rindviehbestand zur Ernährung der Bevölkerung stärker heranzuziehen, als angängig ist. Die deutsche Landwirtschaft hat die Aufgabe, Nahrungsmittel für 50 Millionen Menschen zu produzieren, die hinter der Front leben. Sobald sie dieser Aufgabe nicht gerecht wird, werden wir den Krieg verlieren. Dies wissen unsere Landwirte und darum setzen sie alles daran, um mit ihrem Fleiß und ihrer Arbeit für das Vaterland einzutreten. Die deutsche Landwirtschaft wäre aber nicht in der Lage gewesen, unter den jetzigen Verhältnissen unsere Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, wenn man sie im Frieden nicht gegen die Konkurrenz geschützt hätte.

Die Landwirtschaftlichen Vertretungen haben schon lange vor dem Kriege immer darauf hingewiesen, daß man Vorratswirtschaft treiben müsse, um für alle Fälle gerüstet zu sein, aber alle diese Hinweise haben nichts genützt. Die Zukunft nach Beendigung des Krieges für die deutsche Landwirtschaft sieht nicht sehr rosig aus. Wir wissen, daß die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland noch bedeutend steigerungsfähig ist, wenn wir Düngemittel genug haben. Wir haben im Lande bedeutende Kalivorräte, erzeugen im Lande selber die nötigen Stickstoffmengen, welche die Landwirtschaft nötig hat. Wir verfügen im Lande über 60—70 % des Bedarfs an Thomasmehl. Zwar ist der Boden vorerst über die Gebühr ausgenützt. Es bedarf daher großer Kapitalaufwendungen, um im Frieden wieder voranzukommen. Eine gewisse Leutenot wird zweifellos sich sehr fühlbar machen, und der Landwirt muß noch mehr wie bisher die menschliche Arbeitskraft durch die Maschinen ersetzen. In Oberhessen ist dies zwar nicht nötig, aber in den anderen hessischen Provinzen ist die Mahnung am Platze mit der Feldbereinigung ernstlich vorzugehen, damit eine maschinelle Bearbeitung des Bodens rationell einsetzen kann.

Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß wir den Krieg auch im Innern trotz aller Schwierigkeiten durchhalten werden.

In der Aussprache erklärten die Landtagsabgeordneten Breitenbach und Fenchel, daß die Landwirtschaftskammer während der Kriegsjahre die Interessen der Landwirte stets energisch vertreten hätte. Die weitere Aussprache befaßte sich sodann noch mit der Staffelung der Milchpreise, der Frage der Hühnerhaltung und Futtervorräte sowie der Knappheit an Leder zur Reparatur von Geschirren und Schuhen. Oekonomierat Henzel schloß hierauf die Versammlung und dankte seinen Berufsgenossen für ihr zahlreiches Erscheinen.

Aus Stadt und Land.

Gießen, den 18. Januar 1918.

Die Schwierigkeiten bei der Verteilung von Marmelade.

Es wird im Publikum, namentlich jener städtischen Mittelpunkte, die sich aus einer Reihe von Kommunen zusammensetzen, sehr unangenehm empfunden, daß die Verteilung der gerade in der Zeit des jetzigen Fettmangels stark begehrten Marmelade in den verschiedenen Gemeinden ungleichmäßig erfolgt. Während die eine Kommune mit der Austeilung längst fertig ist, hat eine andere noch nicht einmal damit begonnen, so daß oft mehrere Wochen zwischen den einzelnen Verteilungszeiten liegen. Die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" trägt hieran ebensowenig Schuld wie die einzelnen Kommunalverbände. Denn bekanntlich wird die Zubereitung des Obstmuses an die der „Kriegsgesellschaft für Obst-Konserven und Marmelade", einer Tochtergesellschaft der Reichsstelle angeschlossenen Marmeladefabriken, die kontingentiert sind, übertragen. Die eine Fabrik hat diese, eine andere jene Gemeinde mit Marmelade zu beliefern. Diese Belieferung kann aber nicht immer rechtzeitig und gleichzeitig erfolgen, weil alle die Erschwernisse, die mit dem Krieg verknüpft sind, sich als oft recht gewichtiges Hemmnis unliebsam bemerkbar machen. Da kann die eine Fabrik nicht rechtzeitig die ihr über-

bringen Ware liefern, weil es ihr an den nötigen Kohlen mangelt, nicht weil diese Kohlen nicht vorhanden sind, sondern weil die gewaltige Belastung der Eisenbahnen durch den dringlichen Kriegszwecken dienenden Güterverkehr eine entsprechende Anfuhr genügender Kohlenmengen verhindert. Auch waren in den Monaten Oktober und November die Eisenbahnen zeitweilig für alle anderen Güter gesperrt, nur um den Bedarfszentren die für unsere Ernährung so wichtige Kartoffel rasch und in Massen zuführen zu können.

Ein andermal fehlt es den Marmeladefabriken, wiederum aus denselben Gründen, an dem nötigen Zucker, ein drittes Mal kann die fertig gewordene Marmelade nicht abgeliefert werden, weil nicht genügend Verpackungsmaterial, d. h. Fässer, Eimer u. dgl., vorhanden ist. Kann die große Knappheit an Fässern, Eimern, Milchkannen nicht zufällig einmal dadurch überwunden werden, daß eine benachbarte Brauerei, die stillsteht, der Marmeladenfabrik ihr Faßmaterial überläßt, so muß diese oft wochenlang warten, ehe sie das hergestellte Obstmus der an sie verwiesenen Kommune zu liefern vermag. Diesen Schwierigkeiten hat man in manchen Fällen dadurch zu begegnen versucht, daß man an Stelle von Fässern sogar Kisten zur Verpackung der Marmelade verwandte. Dieser Ausweg, der natürlich nur ein Notbehelf sein kann, hat sich nicht durchweg bewährt, weil entweder das zu den Kisten gebrauchte Holz bei seiner Berührung mit dem feuchten Obstmus sich warf und die Verpackung infolgedessen undicht wurde, oder weil die Ware den Holzgeschmack annahm und somit minderwertig wurde. Wer alle diese Umstände, zu denen noch viele andere Schwierigkeiten hinzukommen, die nicht im einzelnen aufgeführt werden können, berücksichtigt, wird begreifen, warum die Marmelade nicht immer gleichzeitig an das Publikum verteilt werden kann und daß das gelegentliche Ausbleiben des begehrten Obstmuses nicht eine Folge von Mißständen ist, deren Beseitigung in der Macht der Reichsstelle und der verteilenden Kommunen liegt. Jedenfalls kann aber wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Bewohner eines verspätet belieferten Kommunalverbandes bezüglich der Menge nicht schlechter in ihrem Marmeladebezug gestellt sind. Jeder erhält dieselbe Menge Marmelade wie sein unter denselben Verhältnissen lebender Nachbar, der eine nur unter Umständen später als der andere.

Prüfungszwang für Ersatznahrungsmittel.

Nachdem hinreichende Erfahrungen und Erfolge vorliegen über die Tätigkeit der etwa 2 Jahre bestehenden Ersatzmittelprüfungsämter, die in Süddeutschland, im Königreich Sachsen, sowie in einzelnen großen Gemeinden errichtet sind, um alle Ersatzmittel vor ihrer Freigabe für den Handel auf ihre Geeignetheit und Preiswürdigkeit zu untersuchen, beabsichtigt das Kriegsernährungsamt, einen allgemeinen Prüfungszwang für Ersatzmittel durchzuführen. Eine diesbezügliche Regelung dürfte schon in naher Zeit zu erwarten sein. Bisher wurde die erforderliche Tätigkeit der bestehenden Ersatzmittelprüfungsämter dadurch wesentlich erschwert, daß aus Preußen, wo noch kein Prüfungszwang für Ersatzmittel besteht, immer wieder mehr oder minder untaugliche Erzeugnisse eingeführt werden, während in den Bundesstaaten mit Prüfungszwang bereits das Bestehen derselben zu einer Ausmerzung der meisten überflüssigen Ersatzmittel geführt hat. Zwar ist zwischen den süddeutschen Staaten und dem Königreich Sachsen ein Uebereinkommen über die gegenseitige Anerkennung der in einem der Staaten getroffenen Entscheidungen zustande gekommen; trotzdem läßt es sich nicht vermeiden, daß zahlreiche Prüfungen doppelt gemacht werden müssen. Durch eine zweckmäßige zentrale Organisation sollen Arbeitskräfte gespart werden. Gegenwärtig werden für die zahlreichen Untersuchungen im Auftrage der staatlichen und städtischen Prüfungsämter und der Gerichte Sachverständige in großem Umfang in Anspruch genommen. Die Verfolgung von Uebertretungen ist auch mühsamer und weniger erfolgreich als ihre Verhütung durch Ausscheidung unreeller Ersatzmittel auf Grund des Prüfungszwanges. Man wird auch Vorsorge treffen, daß kein Ersatzmittel die Genehmigung zur Einführung in den Handel erhält, zu dessen Herstellung verbotene Grundstoffe verwendet sind. Selbstverständlich wird sich der allgemeine Prüfungszwang auch auf ausländische Erzeugnisse erstrecken, um zu verhindern, daß wertlose inländische Erzeugnisse als Auslandsware auf den Markt gelangen können.

*

** Amtliche Personalnachrichten. Der Großherzog hat am 16. Januar den Assistenzarzt an der Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Gießen Dr. Karl Scriba zum Oberarzt an dieser Anstalt, den Arzt an der Anstalt für Epileptische in Nieder-Ramstadt Dr. Ludwig Heid, den praktischen Arzt in Urberach Dr. Romanus Schüppert zu Kreisassistenzärzten, den Kreisamtsgehilfen Wilhelm Euler zu Worms zum Kreisamtsbureauvorsteher und den Bureaugehilfen Heinrich Eckhardt zu Heppenheim zum Kreisamtsgehilfen, sowie den Revisionskontrolleur bei dem Hauptsteueramt Worms, Anton Spilger zu Worms, zum Hauptsteueramtskontrolleur bei dem gleichen Hauptsteueramt ernannt.

** Auszeichnung. Der Schütze Karl Strack wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet und zum Gefreiten befördert.

** Beförderung. Vizefeldwebel Laun von hier wurde zum Leutnant d. Res. befördert.

** Lebensmittelkarte. Zur Einführung des Vorbestellverfahrens für die auf die Bezugsabschnitte der Lebensmittelkarte zu beziehenden Waren sind eine Anzahl Verordnungen erlassen worden, die im Anzeigenteil der heutigen Nummer veröffentlicht und einzusehen sind.

** Nährmittel-Ausgabe. Die bei den Kleinhändlern der Stadt Gießen bestellten Waren für Januar 1918 können von Samstag den 19. d. M. ab gegen Vorlage des Bestell-Ausweises zur Nährmittelkarte und Abgabe der Nährmittelmarke für Januar (1) in Empfang genommen werden. Siehe Anzeigenteil.

** Landeskirchenkollekte an Kaisers Geburtstag. Das Großherzogliche Oberkonsistorium hat im neuesten Verordnungsblatt folgendes Ausschreiben an die evangelischen Dekanate und Pfarrämter des Amts erlassen: Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß hat, wie im Vorjahr, bei den deutschen evangelischen Kirchenregierungen die Abhaltung einer Kirchenkollekte am Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers und die Darbietung des Ertrags an ihn angeregt. Als Zweck bestimmt ist die Unterstützung und Förderung der weiblichen Liebestätigkeit der evangelischen Kirche im In- und Ausland zur Linderung der Kriegsnot. Da der Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt und wir es für selbstverständlich halten, daß des Geburtstags im Gottesdienst in entsprechender Weise gedacht wird, so ordnen wir hiermit — unter Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs — an, daß am Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers eine Landeskirchenkollekte für den genannten Zweck erhoben wird.

** Verkehrseinschränkung. Vom 20. Januar ab fallen auf der Strecke Gießen—Coblenz eine Anzahl Züge aus. Näheres siehe Bekanntmachung der Eisenbahndirektion im Anzeigenteil.

** Herabsetzung der Getreidepreise. In der letzten Zeit finden sich in der Presse hin und wieder Notizen über die für den 1. Mai 1918 vorgesehene Herabsetzung der Getreidepreise um 100 Mk. für die Tonne, nach denen in den beteiligten Kreisen die Meinung zu herrschen scheint, daß die Preisherabsetzung nur als Drohung ins Auge gefaßt worden sei, möglicherweise aber nur in gemilderter Form oder gar nicht eintreten werde. Diese Ansicht ist durchaus unzutreffend. Vielmehr ist die am 1. März 1918 eintretende Herabsetzung der für Getreide, Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchte zurzeit geltenden Höchstpreise um je 100 Mk. für die Tonne gesetzlich bereits festgelegt worden, und zwar durch § 2 der Verordnung über den Ausdrusch und die Inanspruchnahme von Getreide- und Hülsenfrüchten vom 24. November 1917 (R.G.Bl. S. 1082); eine Wiederaufhebung oder auch nur Milderung dieser gesetzlichen Bestimmung kommt nicht in Frage. Die Landwirte haben sich also unbedingt darauf einzurichten, daß der Preisabschlag mit dem 1. März eintritt; es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, so viel wie möglich bis zu diesem Zeitpunkt abgeliefert zu haben.

** Zuckerrüben und Zuckerpreis. Man schreibt der „Offenbacher Zeitung“: In den beteiligten Kreisen erwartet man mit Ungeduld die Festsetzung der neuen Preise für Zuckerrüben, um rechtzeitig einen Ueberblick über den diesjährigen Anbau von Rüben gewinnen zu können. Die Vertretungen der Zuckerindustrie und der Rübenbauer haben bekanntlich eine nicht unerhebliche Preisheraufsetzung für Zuckerrüben und Rohzucker als unerläßlich erklärt, weil bei den gegenwärtigen Preisen der Anbau nicht mehr lohnend erschiene und die Zuckererzeugung verlustbringend sei. Man befürchtet bei einem Festhalten an der gegenwärtigen Preishöhe einen weiteren Rückgang der Anbaufläche. Ein solcher Rückgang wäre in der Tat in hohem Grade unerwünscht, denn die Anbaufläche in diesem Erntejahr betrug nur 350 000 Hektar gegen 500 000 vor dem Kriege. Daß eine Erhöhung der Rübenpreise über den gegenwärtigen Stand eintreten wird, darf als sicher gelten; sehr zweifelhaft aber erscheint es, ob die Wünsche der beteiligten Kreise in bezug auf das Maß der Erhöhung erfüllt werden. An den zuständigen Stellen teilt man die Besorgnisse über einen weiteren nennenswerten Rückgang der Anbaufläche nicht. Das stärkste Hindernis gegen einen ausgedehnten Rübenanbau sei der Stickstoffmangel, der auch durch hohe Rübenpreise nicht zu beseitigen wäre. Auch sei zu berücksichtigen, daß der Gewinn des Rübenbauers nicht ausschließlich aus den Erträgen seiner Ernte herrühre, da in sehr großem Umfang die rübenbauenden Landwirte an Zuckerfabriken beteiligt sind. — Ob die Bekanntgabe der neuen Rübenpreise schon in nächster Zeit erfolgen wird, erscheint noch zweifelhaft. Da der Rübenpreis in einem richtigen Verhältnis zum Kartoffelpreis stehen muß, was zurzeit kaum zutrifft, ist es möglich, daß man sich über den Rübenpreis erst schlüssig wird, wenn über die künftigen Kartoffelpreise Klarheit besteht.

** Was darf Karbid kosten? Wie festgestellt worden ist, werden von Kleinhändlern, die mit der Verteilung von Karbid in Mengen unter 10 Kgr. beauftragt sind, den Verbrauchern Preise abgenommen, welche die erlaubten wesentlich übersteigen. Bei dem heutigen Grundpreise für Karbid von 86,50 für 100 Kgr. sind Kleinhändler berechtigt, einschließlich Unkosten und Deckung ihres Verdienstes den Verbrauchern für 1 Kgr. Karbid 1,20 Mark ohne Verpackung in einer Büchse und 1,70 Mark einschließlich der Büchse äußerst zu berechnen.

** Absatz von Sauerkraut. Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut hat mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichskanzlers im „Reichsanzeiger“ Nr. 12 vom 15. Januar 1918 die höchstzulässigen Absatzpreise für Sauerkraut der Ernte 1917 bekanntgegeben. Die Preise betragen für den Absatz durch den Hersteller 16 Mk., für den Absatz durch die behördlichen Verteilungsstellen an den Kleinhandel 19,50 Mk. je Zentner und für den Absatz durch den Kleinhandel an die Verbraucher 0,25 Mk. je Pfund. Die behördlichen Verteilungen von Sauerkraut werden demnächst beginnen.

** Das Kreisblatt enthält Verordnungen über: Heu- und Strohlieferungen, Ausweiskarten für Heeresnäharbeiten, Maul- und Klauenseuche, Obstbaumpflanzungen, Verteilung von Prämienfutter, Oberhessischer Viehhandelsverband, Bewirtschaftung der Runkelrüben.

Ein Gramm Gold

kommt zum anderen! Auch kleine Teile nimmt die Goldankaufsstelle zum vollen Werte an.

Die Goldankaufstelle

in den Räumen der Bezirkssparkasse Gießen ist morgen vormittag von 10 bis 12 1/2 Uhr geöffnet!

Landkreis Gießen.

** Muschenheim, 17. Jan. Dem Kanonier Wilhelm Bleser wurde das Hessische Kriegsehrenzeichen in Eisen verliehen.

Starkenburg und Rheinhessen.

I Darmstadt, 17. Jan. Die Handelskammer Darmstadt wählte in ihrer Sitzung am letzten Montag einstimmig den bisherigen Vorstand (Bankdirektor C. Parcus, Kommerzienrat Frölich und Geh. Medizinalrat Dr. E. A. Merck) wieder. In den Verkehrsausschuß wurde Kommerzienrat Frölich, in das Kuratorium der kaufmännischen Fortbildungsschule Kommerzienrat Joseph, beide an Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Jacobi, gewählt. Die Ausgänge betrugen 10 386 (im Vorjahre 6641), die Eingänge 6260 (4502). Beitragspflichtig und damit wahlberechtigt waren 2043 (2002) Firmen mit einem Steuerwert des Anlage- und Betriebskapitals von 334 700 000 Mk. (294 000 000 Mk.), von denen eine Abgabe von 0,99 Pfennigen auf 100 Mark Steuerwert (im Vorjahre 1,05) erhoben wurde.

I Darmstadt, 17. Jan. Der Vortrag, den Frl. Helene Sumper aus München im Verbande für Jugendwohlfahrt über weibliche Jugendpflege hielt, begegnete in der Darmstädter Frauenwelt einem außergewöhnlich starken Interesse. Der Rathaussaal war dicht gefüllt. Die Rednerin, welche einen Ueberblick über die bisherige noch kurze Geschichte der Pflege an unserer weiblichen Jugend gab und Richtlinien für die künftige Arbeit aufstellte, fand lebhaften Beifall. Es schloß sich daran eine lebhafte Aussprache, in der u. a. mit Recht darauf hingewiesen wurde, daß die Wurzel des Uebels in dem Wohnungselend unserer Städte zu suchen ist.

I Darmstadt, 17. Jan. Auf einem Bahnsteig des Hauptbahnhofes wurde gestern abend gegen 1/2 11 Uhr ein Mädchen in bewußtlosem Zustand aufgefunden. Wie man feststellen konnte, hatte es sich durch Kleesalz vergiften wollen. Sie wurde von der Rettungswache ins Krankenhaus verbracht.

Hessen-Nassau.

** Frankfurt a. M., 17. Jan. Die Frankfurter Pferdemärkte wurden für dieses Jahr wie folgt festgesetzt: 6. Februar, 6. März, 10. April, 1. Mai, 5. Juni, 3. Juli, 7. August, 4. September und 16. Oktober. Der Marktplatz befindet sich gegenüber dem Ostbahnhof.

mt. Frankfurt a. M., 17. Jan. Die katholischen Frauen und Jungfrauen Deutschlands veranstalten auf Veranlassung des katholischen Frauenbundes Köln eine Sammlung, deren Ertrag zur Erbauung einer Kirche in dem Stadtteil Frankfurt a. M.-Bockenheim bestimmt ist.

— Höchst a. M., 17. Jan. In einem Quartier am Schloßplatz hob die Polizei ein Spielernest aus. Die Spieler, lauter jüdisch-polnische Arbeiter, spielten um erhebliche Beträge und nahmen sich Summen bis zu 600 Mark ab, die auffallenderweise von den Leuten in die Heimat geschickt wurden. Verschiedene der Spieler hatten ihre gesamten Ersparnisse eingebüßt.

∫ Marburg, 17. Jan. Im dichtbesetzten großen Stadtsaale sprach vorgestern abend auf Einladung der Vaterlandspartei der Landtagsabgeordnete Pfarrer Traub-Dortmund über die deutschen Kriegsziele. Er erwähnte auch, daß ihm in Mannheim und Frankfurt Gelegenheit gegeben worden sei, die „Leidenschaften der Gasse“ kennen zu lernen, diese Freiheit sei ein Vorbild des Anstandes. Ein fortschrittlicher Redner entschuldigte die Abwesenheit Professor Schückings und gab zugleich eine Erklärung ab, daß sie angesichts der Friedensunterhandlungen jetzt jede öffentliche Besprechung der Friedens- und Kriegsziele für unangebracht hielten. Die Versammlung erklärte sich in ihrer großen Mehrheit für den ersten Redner und gab den vom Leiter, Geh. Rat Prof. Dr. Busch vorgeschlagenen Telegrammen an den Reichskanzler und Hindenburg die Zustimmung.

ra. Aus Nassau, 17. Jan. Die Nassauische Sparkasse hat für das Jahr 1917 eine Zunahme des Einlagenbestandes von 42 Millionen Mark zu verzeichnen, gegenüber der bisher stärksten Zunahme von 14 Millionen Mark im Jahre 1909. Die Einlagen haben damit 200 Millionen Mark überschritten. Während die Ansammlung der ersten 100 Millionen Mark achtunddreißig Jahre in Anspruch nahm (1870—1908), vollzog sich die Erreichung der weiteren 100 Millionen Mark in der kurzen Zeit von neun Jahren. Die Kriegsjahre 1914 bis 1917 erbrachten eine Zunahme von 61 Millionen Mark, wobei zu beachten ist, daß 60 Millionen Mark Einlagen zur Zeichnung auf die sieben Kriegsanleihen verwendet werden. Diese Zahlen legen ein glänzendes Zeugnis ab von der wirtschaftlichen Kraft unseres Bezirks.

Hochwasser.

W. Z. Wetzlar. Die rasche Schneeschmelze und der starke Regen haben tatsächlich einen Wasserstand zuwege gebracht, wie wir ihn seit langen Jahren nicht gehabt haben. Zwar ist die Dill, die mit der Raschheit des Gebirgswassers am ehesten zur Stelle war, seit gestern abend wieder zurückgegangen. Dafür ist die Lahn abermals erheblich gestiegen und hat ihre Ausläufer an Stellen entsandt, wo man sie seit vielen, vielen Jahren nicht mehr gesehen hat. Auf der Ochsenwiese hat der Anprall der Wogen den größten Teil der Umzäunung des Luft- und Lichtbades eingedrückt und umgelegt. Auf dem Haarplatz, der natürlich ganz überflutet ist und wo das Wasser beinahe bis zur Hospitalkirche vordringt, stehen die Bäume bis zur halben Stammhöhe in den Fluten. Auch das Lahnpförtchen ist zum großen Teile überschwemmt.

Kr. Diez, 17. Jan. Ein Hochwasser, wie es seit dem „großen“ Jahr 1909 nicht dagewesen ist, hat das untere Lahntal heimgesucht. In Diez steht der ganze untere Stadtteil unter Wasser, und der Verkehr wird durch Boote aufrechterhalten. Während der höchste Wasserstand der Lahn in Diez im Jahre 1909 7,48 m betrug, ist er heute bereits von 6,05 auf 6,20 m gestiegen. Das ganze untere Lahntal bietet ein schaurig-schönes Bild.

ch. Bingen, 16. Jan. Infolge der Schneeschmelze stieg die sonst so ruhige Nahe innerhalb weniger Stunden um mehrere Meter. Der Damm an der Mühle bei Dietersheim brach und setzte diesen Ort in seinen tieferen Teilen unter Wasser. Da Dietersheim sehr tief liegt, ist die Ueberschwemmung bedeutend. Die Militärfeuerwehr und viele Hilfskräfte aus den Orten der Gegend sind ausgerückt, um den bedrohten Einwohnern des Dorfes Hilfe zu leisten. Anscheinend ist Schaden an Menschen nicht zu beklagen, aber Tiere und Gebäude haben gelitten. Landeinwärts ist der Fluß an vielen Stellen über die Ufer getreten und Dammrutschungen und Dammbrüche sind an verschiedenen Stellen eingetreten. Tagsüber trieben Baumstämme, Holzwerk, Bretter, Möbelstücke den Fluß hinab. Das Wasser hat eine solche Gewalt, daß es bis weit in den Rhein hineinbraust. Das Brüllen und Tosen des tollgewordenen Stromes ist weithin zu hören.

ch. Rüdesheim, 16. Jan. In dem benachbarten Wallfahrtsort Marienthal ist gestern abend ein schwerer Wolkenbruch niedergegangen. Der Witterungsumschlag brachte zu gleicher Zeit Schneeschmelze, so daß der durch das Tal fließende Bach in einen reißenden Strom verwandelt wurde, der den ganzen Talgrund weithin überschwemmte und auch die Wallfahrtskirche einen Meter hoch mit Wasser füllte. Damit erreichte das Wasser in der Kirche, die ja in früheren Jahren schon öfter unter Hochwasser zu leiden hatte, eine Höhe, welche die Wasserhöhe des Jahres 1878 weit überstieg. Damals konnte in der Kirche keine Messe gelesen werden. Das Klostergebäude ist bis jetzt verschont geblieben. Das Wasser steigt noch immer.

— Vom Main, 17. Jan. Der Main führt in ständig steigendem Maße gewaltige Wasserfluten dem Rheine zu. An zahlreichen Stellen ist er bereits ausgeufert und ergießt sich ins flache Land. Da noch bis Samstag, vielleicht auch Sonntag mit einer raschen Steigung des Wasserstandes zu rechnen ist, wird das Hochwasser eine seit langen Jahren nicht erreichte Höhe erklettern.

** Kassel, 18. Jan. In großer Aufregung ist Kassel infolge der beträchtlichen Hochwasserüberschwemmungen. In der Altstadt stehen seit heute nacht bereits mehrere Straßen unter Wasser. Der Fußgängerverkehr stockt an jenen Stellen. Männer tragen weibliche Einwohner zu ihren Behausungen. Stellenweise hat man Brücken geschlagen. Die Feuerwehr ist in fieberhafter Tätigkeit. Wie verlautet, soll ein Soldat ertrunken sein.

Gerichtssaal.

I Darmstadt, 16. Jan. Eine Lauffrau, die 31 Jahre alte Ehefrau P. Galfei von hier, stahl in der Küche 25 Mark. Sie erhält als Rückfallsdiebin 4 Monate Gefängnis. — Die 39jährige Ehefrau des Jakob Labrian aus Jugenheim vermittelte den Briefwechsel zwischen einem französischen Kriegsgefangenen und seiner Geliebten, der in Rödelheim wohnenden Kriegerswitwe Horn, die schon zwei Kinder von dem Gefangenen hat. Ferner besorgte sie den Gefangenen Flaschenbier zu Zechgelagen in ihre Wohnung. Für die Briefvermittlung erhielt sie vom Schöffengericht Zwingenberg 150 Mark Geldstrafe, wegen des zweiten Vergehens war sie vom Schöffengericht freigesprochen worden. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft sprach die Strafkammer weitere 40 Mark Geldstrafe aus.

Letzte Nachrichten.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 18. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem größten Teil der Front war die Gefechtstätigkeit gering, lebhafter in der Gegend südwestlich von Cambrai.

Bei kleineren Unternehmungen nördlich und nordwestlich von Prosnes wurden Gefangene eingebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Der österreichische Reichsrat.

Berlin, 18. Jan. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Wien berichtet wird, herrscht in den Kreisen der deutschen Abgeordneten das Bestreben, den Zusammentritt des für den 22. Jan. einberufenen Reichsrats zu verschieben, da eine Rückwirkung der Verhandlungen in Brest-Litowsk und der Erhebungen wegen der Ernährungsfragen auf die Beratungen des Abgeordnetenhauses befürchtet wird.

Zur Verhaftung des rumänischen Gesandten in Petersburg.

Stockholm, 17. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur ist die Verhaftung des rumänischen Gesandten Diamandi in der Nacht vom 14. zum 15. Januar wegen der grausamen Unterdrückungsmaßregeln der rumänischen Regierung gegenüber russischen Soldaten erfolgt. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Anregung der französischen und englischen Botschaft zu Lenin. Die Kommissare bewilligten die Freilassung des Gesandten auf den Vorschlag des amerikanischen Botschafters hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßregeln Rumäniens gegenüber russischen Soldaten senden werde. Um 3 Uhr in der Frühe wurde der Befehl erteilt, Diamandi freizulassen.

Bestechungen der Presse in neutralen Ländern.

Petersburg, 15. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. In einem im Geheimarchiv gefundenen Schriftstück sind Ausgaben zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Italien, der Schweiz, den Niederlanden, Spanien, Persien und den Vereinigten Staaten verzeichnet. Der amerikanische Journalist Walpfay hat für einen Vortrag im März 1915 2500 Dollars erhalten, ein gewisser Landsfield für Errichtung eines Pressebureaus 3500 Dollars, der russische Journalist Dobroff für die Zeitung Russki Emigrant 22 000 Dollars.

Die Pariser Konferenz.

Lugano, 18. Jan. Die Pariser Konferenz wird voraussichtlich am 21. Januar beginnen und bis zum 24. Januar dauern. Auf der Rückreise nach Rom wird Orlando am 27. Jan. in Mailand eine große Volksrede halten.

Fünfziger 1856—1906.

Die Beerdigung unseres lieben Alterskollegen

Herrn Josef Pöllenhofer

findet Samstag den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuen Friedhof statt.
Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

519 **Der Ausschuß.**

Gestern entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Marg. Wolf geb. Meckbach

im Alter von 52 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Karl August Wolf und Kind.

Gießen, den 17. Januar 1918. 08590

Die Beerdigung findet Samstag den 19. Januar, 1/4 Uhr, vom Neuen Friedhof aus statt.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Gießen.

Nährmittel-Ausgabe.

Die bei den Kleinhändlern der Stadt Gießen bestellten Waren für **Januar 1918** können von **Samstag den 19. d. M.** ab gegen Vorlage des Bestell-Ausweises zur Nährmittelkarte und Abgabe der Nährmittelmarke für **Januar (1)** in Empfang genommen werden. Einzelne abgetrennte Nährmittelmarken ohne den Bestell-Ausweis sind ungültig und berechtigen nicht zum Bezug von Waren.

Es entfallen:

1. **Auf die gelben Karten (A)** 250 Gramm Suppenfabrikate.
2. **Auf die roten Karten (B)** 500 Gramm Grieß und 125 Gramm Morgentrank.
3. **Auf die blauen Karten (C)** 125 Gramm Teigwaren, 100 Gramm Graupen oder Sago und 125 Gramm Suppenfabrikate.

Mit dem 31. Januar 1918 verlieren die Nährmittelmarken 1 (Januar 1918) ihre Gültigkeit. Wer bis zu diesem Zeitpunkt die Waren nicht abgeholt hat, verliert den Anspruch darauf.

Die Kleinhandelsgeschäfte haben die in Empfang genommenen Nährmittelmarken 1 (Januar 1918) zu sammeln und getrennt nach Farben unter Beifügung einer schriftlichen Mitteilung über die Anzahl der Marken an das Städt. Lebensmittelamt abzuliefern. Die nach dem **31. Januar 1918** nicht abgeholten Waren sind dem Städt. Lebensmittelamt bis **2. Februar 1918** schriftlich anzuzeigen. Nichteinhaltung dieser Frist, sowie Unregelmäßigkeiten bei der Abgabe haben den Ausschluß von der Verteilung der Nährmittel zur Folge.

Der Kleinverkaufshöchstpreis für das Pfund Grieß beträgt 32 Pfennig, für das Pfund Gerstengraupen und Gerstengrütze 36 Pfennig, für Teigwaren (Wasserware) das Pfund 64 Pfennig und Auszugsware das Pfund 82 Pfennig, für das Pfund Morgentrank 76 Pfennig und für das Pfund Sago 1,20 Mk.

Kleinhandelsgeschäfte, die die festgesetzten Höchstpreise überschreiten, haben außer strafrechtlicher Verfolgung den Ausschluß von weiteren Zuteilungen zu gewärtigen.

Gießen, den 17. Januar 1918. 515B

Der Oberbürgermeister (Lebensmittelamt).

Lebensmittelkarte.

Zur Einführung des Vorbestellverfahrens für die auf die Bezugsabschnitte der Lebensmittelkarte zu beziehenden Waren wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Wer die auf die einzelnen Bezugsabschnitte der Lebensmittelkarte zur Verteilung kommenden Waren beziehen will, hat die Lebensmittelkarte **bei einem Kleinhandelsgeschäft der Stadt Gießen (Verkaufsstelle)**, bei dem er die Waren zu kaufen beabsichtigt, **bis spätestens 25. Januar 1918** einschließlich vorzulegen.

§ 2.

Die Verkaufsstelle trennt den **Bezugsabschnitt 10 ab** und behält ihn zurück, während sie auf dem Stamm der Lebensmittelkarte ihre Firma durch **Stempelaufdruck** einträgt und die Karte dem Bezugsberechtigten zurückgibt. Der Stempelaufdruck gilt als Ausweis über die erfolgte Bestellung.

Es dürfen hierbei nur solche Lebensmittelkarten angenommen werden, auf denen der Name und die Wohnung des Bezugsberechtigten eingetragen sind.

§ 3.

Die **Verkaufsstellen** haben die **Abschnitte Nr. 10 zu** sammeln, auf Bogen aufzukleben und dem Städt. Lebensmittelamt unter Beifügung einer schriftlichen Mitteilung über die Anzahl der abgelieferten Abschnitte zur Nachprüfung einzureichen; entsprechend der Zahl der abgelieferten Abschnitte erfolgt die Zuteilung von Waren.

§ 4.

Die Abgabe der Waren an die Bezugsberechtigten erfolgt durch die Verkaufsstellen gegen Vorlage der als Bezugsausweis dienenden, mit dem Firmenstempel versehenen Lebensmittelkarten und Abgabe der jeweils aufgerufenen Bezugsabschnitte; der Aufruf erfolgt durch besondere Bekanntmachung, in der die zur Ausgabe gelangende Ware nach Art und Menge näher bekannt gegeben wird.

Die aufgerufenen Bezugsabschnitte sind von der Verkaufsstelle zu sammeln und nach Ablauf der bestimmten Frist in einem verschlossenen Umschlag unter Beifügung einer schriftlichen Mitteilung über die Anzahl der von den Bezugsberechtigten abgelieferten Abschnitte, sowie über die nicht abgeholten Warenmengen dem Städt. Lebensmittelamt einzureichen.

§ 5.

Der Bezugsberechtigte ist an die von ihm gewählte Verkaufsstelle so lange gebunden, bis durch besondere Bekanntmachung zur Vornahme einer neuen Vorbestellung aufgefordert wird.

Personen, die nach Ablauf der festgesetzten Bestellfrist bezugsberechtigt werden, werden gegen Vorlage der Lebensmittelkarten durch das Städt. Lebensmittelamt einer bestimmten Verkaufsstelle für den laufenden Zeitabschnitt zugewiesen.

§ 6.

Für den Geschäftsverkehr zwischen dem Städt. Lebensmittelamt und den Verkaufsstellen werden durch das Städt. Lebensmittelamt nähere Bestimmungen getroffen.

Verkaufsstellen, die den geltenden Bestimmungen zuwiderhandeln, können von der Warenverteilung ausgeschlossen werden.

§ 7.

Vorstehende Bestimmungen treten am 18. Januar 1918 in Wirksamkeit.

Gießen, den 17. Januar 1918. 516B

Der Oberbürgermeister (Lebensmittelamt).

Schwarze u. farbige **Seidenstoffe**

für Blusen und Kleider haben wir noch in großer Auswahl am Lager

Geschäftszeit: 8½—1, 2½—6 [350] Modehaus Salomon

Vom 20. Januar ab fallen die Personenzüge 401 Coblenz ab 12.27 nachm., Gießen an 4.28 nachm. und 410 Gießen ab 12.32 nachm., Coblenz an 4.19 nachm., und die Triebwagenfahrten 417 Nieder-Lahnstein ab 2.21 nachm., Limburg an 4.06 nachm. und 420 Limburg ab 3.51 nachm., Coblenz an 5.43 nachm. an **Sonn- und Feiertagen** bis auf weiteres aus.

Zg. 408 wird früher gelegt. Gießen ab 9.54 vorm. (bisher 10.12), Limburg an 12.10 nachm. (bisher 12.17).

Königl. Eisenbahndirektion Frankfurt a. M.

VERMIETUNGEN

Pension Brandl (Bellevue). Modernes Haus. Beste Verpflegung. 1 Zimmer frei. Bad. Tel. 1085.

2 Zimmer, 1 Kammer und Küche, 3 Trepp. hoch, zu verm. **Seltersweg 39** (Goethestr.).

Möbliertes Zimmer zu vermieten 506 **Bahnhofstr. 45, I. St.**

Junger Kaufmann **sucht möbliertes Zimmer** mit voller Pension. Angeb. unter 08620 a. d. Gieß. Anz.

STELLENANGEBOTE

Ein junger Mann für kaufmänn. Arbeiten aushilfsweise gesucht. Angebote unter 08600 a. d. Gieß. Anz.

Junger, kräftiger Mann evtl. Kriegsbeschädigter, als **Packer** in dauernde Stellung ges. **Emil Roth, Gießen,** Marburger Straße 20.

Arbeiter finden Beschäftigung. 508 **Silbereien, Alicestr. 14.**

Austrägerin für Zeitschriften usw. gesucht. **Aug. Froes'sche Univ.-Buchh.** Seltersweg 70. (466

Für Militär-Kantine wird **Frau oder Mädchen** als **Verkäuferin** gesucht. Schriftl. Angeb. unter 08588 an den Gießener Anzeiger.

Laufrau oder Mädchen sofort für vormittags gesucht 08615 **Neustadt 12, p.**

Tüchtige, saubere, zuverlässige Frau oder Mädchen zu alleinst. Dame gesucht. Vorstellen nach 4 Uhr 474 **Goethestr. 63, III.**

Putzfrau gesucht 08604 **Alicestr. 27, p.**

Laufrau gesucht Anmeld. 11—1 oder 3—7 Uhr 08611 **Bleichstr. 11, p.**

Saub. Laufmädchen oder **Frau** gesucht. 08570 **Marktplatz 2.**

STELLENGESUCHE

Kriegerswitwe s. Vertrauensp. (Besorgung v. Kassengeschäft. od. dgl.). Kaution kann gestellt werden. Schr. Angeb. unter 08617 a. d. Gieß. Anz. erbeten.

Suche für sofort **Heimarbeit.** Schr. Ang. u. 08612 a. d. G. A.

Suche per sofort **schriftliche Arbeiten** (Bücherbeitragen usw.) Schr. Angeb. unter 08607 an den Gieß. Anz. erbeten.

Junges Mädchen das seine Gesellenprüfung im Putzfach bestanden hat, sucht Stellung als II. Arbeiterin. Bedingung Kost und Wohnung im Hause. Angeb. unter 08608 a. d. Gieß. Anz.

VERKÄUFE

Aelteres Pferd zu verkaufen. 08609 **Anton Ohly III., Hörnsheim.**

Prima Fahrkuh zu verkaufen. 08605 **Heinr. Schwenk, Lich, O.-H.**

Ein Bett u. ein Tisch zu verk. 08619 **Alicestraße 20.**

Einberufung halber **neues Klavier** zu verkaufen. **Erdmann, Mäusburg 5 II.**

Gebr. Kinderschlitten zu verk. **Ludwigstr. 60 p.**

Eine Anzahl kräftige **Versandkisten** zu verkaufen. 08608 **Schirmfabrik Levi.**

KAUFGESUCHE

Trächtige Ziege zu kaufen gesucht in 08593 **Rodheim a. d. B., Nr. 38.**

National Kontrollkassen mit Totaladdition zu kaufen gesucht. Offerten unter **J. W. 13541** an die Geschäftsstelle d. Gießener Anzeigers. 510

Gebr. Waschmaschine zu kaufen gesucht. Schriftl. Angebote unter 514 an den Gießener Anzeiger.

Männer und Frauen
(auch auswärtige)
finden dauernde Beschäftigung. 496
Eisenwerk Haiger, Margarethenhütte, Gießen.

Ski neu oder gebraucht, zu kaufen gesucht. Schriftliche Angebote mit Preisangabe unter 484 an die Geschäftsstelle des Gießener Anzeigers erbeten.

5—6 Mark 256 pro Pfund zahle ich für **ausgekämmte Frauenhaare.** **Säskind,** Neuenweg 29

Ankauf von Alteisen, Lumpen, Papier, Flaschen. **Louis Rothenberger,** Teleph. 176. Neuenweg 22.

VERSCHIEDENES

Wer leiht einer armen Frau M. 100.— geg. 14tägige Rückzahlung von M. 10.—? Schriftliche Angebote unter 08614 an den Gieß. Anzeiger.

Wachtelhund weiß-gelb im Bergwerkswalde verlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung 509 **Liebigstraße 21.**

Jagd in Oberhessen zu pachten gesucht. Mitteilungen erb. unter 503 an den Gießener Anzeiger. Vermittelung wird vergütet.

An- und Verkauf von Antiquitäten, Möbeln, ganzen Einrichtungen, Alteisen, sowie allen von mir geführten Artikeln. 78 **Louis Rothenberger.**

Stadttheater Gießen

Leitung: Hofrat Hermann Steingoetter

Sonntag, 20. Jan. 1918 nachmittags 3½ Uhr:

Glaube und Heimat
Tragödie eines Volkes von Karl Schönherr. 485c

Abends 7½ Uhr:

Das Dreimäderlhaus
Singspiel in 3 Akten von Schubert-Berté.